

Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Genoss*innen,
mit unserem Newsletter informieren wir euch wie gewohnt über die vergangenen Ratssitzungen

Vor der Ratssitzung im November waren wir mitsamt aufblasbarem Miethai, Infomaterialien und Genoss*innen vorm Rathaus, um über unser Schwerpunkt Thema Wohnen und unseren Antrag zum Mietendeckel zu informieren.

Vielen Dank an dieser Stelle an alle Helfer*innen aus Osnabrück und Hannover!

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke und Lars

Rückblick Ratssitzung 05.11.2019

In dieser Ratssitzung haben wir einen [Antrag](#) eingebracht, in dem wir den Landtag dazu auffordern, schnellstmöglich einen **landesweiten Mietendeckel** zu erlassen. Dieser soll sich eng am Modell aus Berlin orientieren, Obergrenzen für Mieten festsetzen und so den permanenten Anstieg von Mieten unterbinden.

„Die Situation ist bekannt: die Wohnungssuche wird zum Stresstest, steigende Mieten selbst für unrenovierte Wohnungen, die sich in katastrophalem Zustand befinden und Verdrängung alteingesessener Mieter*innen gehören in ganz Deutschland zum Alltag. Alle reden von bezahlbarem Wohnraum, doch

außer der LINKEN ist niemand bereit, sich mit den dahinter liegenden Marktmechanismen auseinanderzusetzen und sich mit den Großkonzernen anzulegen, die auf Kosten zahlloser Mieter*innen ihre Profite immer weiter nach oben schrauben. **Wohnen ist Menschenrecht und kein Renditeobjekt** – deshalb muss die öffentliche Hand hier endlich wieder regulierend eingreifen. Als Sofortmaßnahme fordern wir deswegen einen Mietendeckel für Niedersachsen. Die Kommunen müssen die rechtliche Möglichkeit erhalten, vor Ort Mietobergrenzen festzulegen und Verstöße gegen diese Grenzen zu ahnden. Doch das allein reicht nicht, wir

brauchen auch dringend neuen, bedarfsgerechten Wohnraum. Deswegen müssen Land und Bund umfassend in den sozialen Wohnungsbau investieren. Die Zeit für Ausreden und Beschwichtigung ist vorbei.“

Giesela Brandes-Steggewentz, Fraktionsvorsitzende der Linken, dazu: „Auch die Situation in Osnabrück ist alarmierend. Von 2012 bis 2018 sind die Mieten um 34,8 Prozent angestiegen, das entspricht einer jährlichen Steigerung von 5,1 Prozent. Es fallen zunehmend Wohnungen aus der Sozialbindung und das Programm zum Ankauf dieser Belegungsbindungen kann man nur als erfolglos bezeichnen.“

→ Fortsetzung Seite 2



Giesela und Heidi mit dem Miethai

Fortsetzung von Seite 1

Die kommunalpolitischen Initiativen der Linksfraktion, die die vorhandenen Instrumente, z.B. eine [Zweckentfremdungssatzung](#) oder die [Ausweisung von Milieuschutzgebieten](#), nutzbar machen sollen, werden abgebußelt oder in den Ausschüssen still und heimlich beerdigt. Wir können von Glück reden, dass die Bürger*innen der Stadt Osnabrück es über einen Entscheid durchgesetzt haben, das es zur Neugründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft kommt. Hier muss ganz klar sein, dass diese nicht wieder von den wechselnden Ratsmehrheiten verscherbelt werden kann und die Bürger*innen ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung haben. Doch die chronisch unterfinanzierten Kommunen können hier nicht allein die landes- und bundesweiten Fehlentscheidungen ausgleichen. Wir brauchen Unterstützung aus Hannover und Berlin!“

In einer **aktuellen Stunde ging es um das Thema „Antisemitismus und allen weiteren Formen von Menschenverachtung entschieden entgegenzutreten“**. Ratsfrau Heidi Reichinnek sprach für unsere Fraktion:

„Ich komme aus der Nähe von Halle/Saale und habe dort unter anderem am jüdischen Institut studiert. Ich kenne die Synagoge und das Paulusviertel. Aber ich kenne auch ein anderes, ein kosmopolitisches, Halle. Und trotzdem überrascht es mich nicht, dass so ein Anschlag passieren konnte. Wir müssen aber auch davon ausgehen, dass so etwas überall passieren kann. Denn diese Gedanken, diese Tendenzen, die waren niemals weg!

Hier in Osnabrück gab es das erste Todesopfer durch Rechtsextremismus nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Am 23. Juli 1945 wurde Bernhard Schopmeyer, der aus dem christlichen Widerstand gegen das Naziregime kam, ermordet, weil er gefordert hatte Nazis aus allen Positionen herauszuhalten und zu entfernen. Doch wir müssen gar nicht so weit in die Vergangenheit zurückgehen. Erst vor wenigen Monaten, am 2. Juni 2019, wurde Walter Lübcke ermordet. Und warum? Weil er nicht anderes gemacht hat, als mit Anstand und Empathie zu sagen, dass Menschen die zu uns vor Krieg und Vertreibung

fliehen hier auch aufgenommen werden müssen. Auch möchte ich daran erinnern, dass gestern vor acht Jahren der NSU enttarnt wurde, der mordend durch das Land gezogen ist und Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin hingerichtet hat. Einfach weil sie nicht in das Weltbild dieser Personen gepasst haben.

Diese Gedanken waren nie Weg! Sprache ist der Anfang, Witze sind der Anfang. Wir sind leider über die Stufe „Wehret den Anfängen“ längst hinweg. Mit der AfD haben wir eine offen rechtsextreme Partei im Bundestag und in den Landtagen sitzen. Über deren Ticket kommen Nazis, kommen Faschisten in unsere Parlamente. Ich sage ganz klar: Hier darf es auf keinen Fall auch nur noch irgendeine Art von Zusammenarbeit geben! Das sind keine besorgten Bürger. Das sind Menschen, die diesen menschenverachtenden Diskurs in die Gesellschaft tragen!

Wir müssen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gegen diese Tendenzen vorgehen. Ich bin sehr froh in Osnabrück zu sein, denn hier ist die Zivilgesellschaft verdammt stark. Hier können Kirchen Hand in Hand mit den Gewerkschaften, mit dem Bündnis gegen Rassismus, mit Vereinen wie Exil auf die Straße gehen. Egal was passiert, die Leute hier stehen zusammen. Das brauchen wir landesweit, das brauchen wir überall. Und deswegen müssen wir die Menschen in diesem Bereich auch unterstützen und nicht kriminalisieren. Wir müssen Projekte wie „Demokratie leben“, das vom Bund gefördert wird, weiter stärken. Damit die Menschen in den Austausch treten und begreifen, dass es niemals „Wir gegen Die“ ist, sondern das es darum geht gemeinsam unsere Demokratie zu verteidigen!

Daher vielen Dank, dass wir hier im Rahmen dieser aktuellen Stunde die Möglichkeit haben, klar zu machen, dass der Osnabrücker Rat an der Seite der Zivilgesellschaft steht und wir uns nicht spalten lassen. Wir sagen hier ganz klar: Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die ganze Debatte lässt sich beim [osradio](#) nachhören (ab Minute 19:05 beginnt der Beitrag von Heidi Reichinnek).

Rückblick Ratssitzung 01.10.2019

Zu unserem [Antrag zum Erhalt des Standortes Ledenhof für ein Alten- und Pflegeheim](#) äußert sich die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz: „In unserem Antrag appellieren wir an die Evangelischen Stiftungen, ihre Entscheidung zur Errichtung von Wohneinheiten zum Betreuten Wohnen am Standort Ledenhof noch einmal zu überdenken. Es ist klar, dass das jetzige Gebäude nicht mehr tragbar ist und erneuert werden muss. Auch ein zusätzliches Alten- und Pflegeheim ist angesichts des steigenden Bedarfs in diesem Bereich zu begrüßen. Doch die Zukunft eines zentralen und geschichtsträchtigen Standortes wie der Ledenhof es ist, sollte öffentlich und nicht nur im Verwaltungsrat der Evangelischen Stiftungen diskutiert werden. Zudem muss vor allem die Perspektive der Heimvertretung und der Mitarbeitenden Gehör finden.“

Zur Diskussion um den **Flughafen Münster Osnabrück** und den [Änderungsantrag](#) der Linken erklärt Brandes-Steggewentz: „Die LINKE fordert nicht nur in Osnabrück, sondern auch in fast allen anderen beteiligten Kommunen seit Jahren den Ausstieg aus der Subventionierung des FMO. Diese Subventionen erhalten den Flughafen künstlich am Leben und man beteiligt sich damit am zerstörerischen Wettbewerb der Billig-Airlines. Durch die Pleite der Germania ist bereits ein Teil des Angebotes zusammengebrochen und wird jetzt durch eine weitere Billig-Airline(Corendon) ersetzt – dies ist weder für die dort Beschäftigten noch für die Umwelt ein gutes Zeichen! Es ist Zeit für eine Exit-Strategie.“

In der **Aktuellen Stunde zum Thema „Frühkindliche Bildung“** äußert sich Heidi Reichinnek: „Es ist wenig überraschend, dass alle

Parteien die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hervorheben und die bestehenden Mängel beklagen – dabei ist es wieder bezeichnend, dass eine Kommune wie Osnabrück versuchen muss, die Verfehlungen von Landes- und Bundesebene auszugleichen. Es ist skandalös, dass die Stadt Kriterien erarbeiten muss anhand derer Kindergartenplätze vergeben werden, da der Bedarf immer noch nicht gedeckt werden kann. Hier werden Kinder benachteiligt, die nicht in der Stadt wohnen oder deren Eltern aktuell ohne Arbeit sind. Dabei ist der Kindergarten der zentrale Ort für die Vorbereitung der Schulzeit. Gleichzeitig wird über eine Vorlage diskutiert, auf deren Basis ab der 8. Stunde in der KiTa Gebühren erhoben werden können. Bei einer Regelarbeitszeit von acht Stunden pro Tag bei einer Vollzeitstelle und den zusätzlich anfallenden Arbeitswegen, trifft dies vor allem Alleinerziehenden, die keine Wahl haben als voll arbeiten zu gehen. Auch Menschen mit geringem Einkommen werden hier besonders belastet. Frühkindliche Bildung muss komplett kostenfrei sein, um allen Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen.“

Frauenschwimmen im Moskaubad

Im Moskaubad gibt es, auch dank unserer Initiative, nach langer Zeit wieder ein Frauenschwimmen. Immer Mittwochs von 14:00 bis 15:30 steht die Schwimmhalle ausschließlich Frauen, Mädchen und Jungen bis maximal 6 Jahren (in Begleitung der Mutter) zur Verfügung. Mehr Infos unter: <https://www.moskaubad.de/hallenbad/schwimmhalle/>